

Prof. Dr. jur. Uwe Jenisch

Deutscher Bundestag
Ausschuss für Inneres und Heimat

Ausschussdrucksache
20(4)456 A

Schriftliche Stellungnahme
zur Öffentlichen Anhörung „Bundespolizeibefugnisse“
am 1. Juli 2024 im Ausschuss für Inneres und Heimat des Deutschen Bundestages

Der Antrag der CDU/CSU „Die Zeitenwende auch auf See umsetzen – Befugnisse der Bundespolizei erweitern und der Bedrohungslage anpassen“ (Drs. 20/10726) fordert Anpassungen, Zusammenarbeit, Arbeitsteilung, Prüfungen und vereinzelte Verbesserungen in Gesetzen. Das sind einzelne Schritte in die richtige Richtung, aber leider nur „Bausteine“ auf dem Weg zu einer modernen zentralen Deutschen Küstenwache (KW) zum Schutz der Meeresflächen in Nordsee und Ostsee unter deutscher Zuständigkeit (ca. 45.000 km²).

Derzeit sind rd. 15 (!) Seedienste des Bundes und der 5 Küstenländer in einem ungewöhnlich zergliederten System zuständig (Anlage). Ähnlich Bahnpolizei und Luftaufsicht gehören die Vollzugsaufgaben („Seepolizei“) jedoch in die Hand **einer** zentralen Küstenwache, zumal die Bedrohungslage sich dramatisch verschlechtert hat (Spionage, Sabotage, Terror, Migration). Dazu ist keine („Super“-)Behörde erforderlich, sondern Konzentration bei der bestehenden Bundespolizei-See (BPol-See) des BMI, wo auch der Katastrophenschutz ressortiert.

Beispiele für alte und neue Schutzaufgaben (verstehen, ordnen, wachen, intervenieren):

- Schifffahrtswege (Gefahrguttransporte, Kreuzfahrer, Ostseeverkehre, „dark fleet“)
- LNG- und Ölterminals, Küstenschutzbauwerke,
- Windparks (Verdreifachung der Kapazitäten + Konverterplattformen und Kabel)
- Kritische Unterwasserstrukturen (Kabel für Strom und Kommunikation, Pipelines für Öl, Gas, zukünftig auch CO², H², Tunnel); Russland „kartiert“ Nord- u. Ostsee!
- Schutzgebiete (Fischerei, Naturschutz, Wattenmeer, Habitatschutz,...)
- Übungsgebiete für die Marine
- Permanente Überwachung von Umweltverschmutzungen
- Spontan-Ereignisse, Naturkatastrophen usw.

Bausteine für die Deutsche Küstenwache mit allen Vollzugsaufgaben bei der BPol-See

1. **Gefahrenabwehr**, Prävention, Abschreckung, perman. Lagebild, „in der Lage leben“,
2. **Moderne Ausstattung** mit Schiffen (offshore patrol vessels OPV, Hubschrauber, unbemannte Systeme, Lagezentrum (vernetzt mit Marine),
3. **Deutliche Präsenz** auf See, Interventionsmöglichkeit, Weisungsrechte, schnelle Reaktion, „the golden minutes“ bei Zwischenfällen,
4. **Einheitliche Führung und klare politische Verantwortung**,
5. **Umbenennung in „Deutsche Küstenwache“**; Einheitliches Erscheinungsbild von Schiffen und Personal, „one face to the customer“, (s.a. Art. 107 UNCLOS),

6. **Zentraler Ansprechpartner** für internationale Zusammenarbeit: EU-Küstenwache, Frontex, regionale Zusammenarbeit (Ostsee?), Auslandseinsätze,
7. **Organisatorisches:** Kostenpflicht an einer Stelle, mehrere Standorte, Depots, Beschaffungen, Schulungsstätten, modernes Berufsbild, Image,
8. **Schrittweise Verwirklichung** durch Kabinettsentscheidung und Gesetzesnovellen (z.B. SeeAufG, GG...). Der Bund ist frei in der Organisation seiner Verwaltung,
 - **Zusammenlegung der Bundesdienste** BPOL-See, Zoll und, Fischereiaufsicht beim BMI für den gesamten deutschen Seeraum **ab Basislinie** (belässt u.a. Wattenmeer und Buchten in Länderzuständigkeit),
 - **Schnittstelle zu den fünf WSP'en:** Sie bleiben zuständig für den Binnenbereich (z. B. Elbe, Weser, Häfen, NOK, Binnengewässer). Die „schiffahrtspolizeilichen Aufgaben“ im Küstenmeer (fakultative Bundesaufgaben gem. Art. 89 GG) werden auf den Bund rückübertragen und stärken die Kompetenzen der Küstenwache deutlich. Zur „Vollkompetenz“ sollte auch die „allgemeine Gefahrenabwehr“ im Küstenmeer (derzeit Länderaufgabe) übergehen, wozu nach überwiegender Meinung eine GG-Änderung erforderlich ist. Alternativ könnte man auch (als Übergangslösung) andere Lösungen und Feinabstimmungen prüfen (Organleihe, Amtshilfe, oder einen „Bund-Länder-deal“ mit Entgegenkommen des Bundes auf anderen Gebieten (z. B. bei Umweltschutz auf See, Munitionsräumung...)).
 - **Schnittstelle zum Havariekommando:** HK bleibt als Teil der KW erhalten, gemeinsames Sicherheits-bzw. Lagezentrum nutzen und ausbauen!
 - **Schnittstelle zur Marine:** evtl. gemeinsames Lagezentrum (dreidimensional!) für kritische Infrastrukturen bzw. Vernetzung. Die Marine könnte der BPol-See anbieten, dass Polizeipersonal auf Marineschiffen mitfährt und Vollzugaufgaben im Einzelfall übernimmt (wie bei der USCG). Fortbildungseinrichtungen – auch Sicherheitspolitik – können zivil-militärisch noch enger zusammenarbeiten; Personalaustausch an den Schnittstellen. Amtshilfe der Marine bleibt möglich bei Katastrophen /Unglücksfällen.
 - **Schnittstelle zur Wasserstraßenverwaltung (BMVI):** Routineaufgaben („Tonnenlegen“ usw.) insbes. Verkehrslenkung des Schiffsverkehrs bleiben unberührt.
 - **Aufgaben der DGzRS** bleiben unberührt (ist in Lagezentren eingebunden).

Vorteile

- Es wird Dynamik in Gang gesetzt: Sofortige Stärkung der Küstenwache des Bundes, Signalwirkung nach innen und außen; Erfahrungen sammeln; GG-Änderung, SeeAufG, SeeSichG und Abstimmung zur Aufgabenabgrenzung schrittweise später,
- Kostenvorteile/Synergien/Personaleinsparung beim Bund durch Zusammenlegung
- Kostenvorteile bei den Ländern durch Konzentration auf den Binnenbereich
- Klare politische Verantwortung und Führung an einer Stelle: BMI
- Die Politik erhält ein leistungsfähiges flexibles Reaktionsmittel: Bei Zwischenfällen auf See reagiert zunächst die **zivile** Küstenwache; Marine nur als „last resort“.

Anlage

Ist-Zustand: Küstenwache und MSZ > 15 Dienste, ca. 70 Boote (Jenisch 2024)

innerhalb des Küstenmeeres (12 Sm Zone)

in der AWZ (Wirtschafts- bzw. Festlandssockelzone)

| | | | |
|-------------------------------|---|-------------------------------|--|
| BMVI (WSV) | Schiffahrtspolizei und Verhütung von (Umwelt)gefahren durch Schiffe | BMVI (WSV) | Schiffahrtspolizei, Gefahrenabwehr, PoC, Sicherheit und Ordnung, Katastrophenschutz, Schadstoffbekämpfung |
| BMI Bundespolizei | Grenzschaufgaben | BMI Bundespolizei | Grenzschaufgaben, Plattform- und Kabelschutz, Strafverfolgung, Drogen- u. Menschenhandel, Piraterieabw. sonstige Aufgaben nach Seerecht |
| BMF | Zollaufgaben | BMF | Zollaufgaben |
| BMVg Marine | Such- u. Rettungsdienst SAR, Ölüberwachung/Luft, Amtshilfe bei Katastrophen | BMVg Marine | Such- u. Rettungsdienst SAR, Ölüberwachung/Luft, Amtshilfe bei Katastrophen, Piraterieabw. |
| DGzRS | Such- u. Rettungsdienst SAR | DGzRS | Such- u. Rettungsdienst SAR |
| 5 Länder | Fischereiaufsicht | BML/BLE | Fischereiaufsicht, Fischereischutz |
| 5 Länder (WSP) | Allg. Gefahrenabwehr, Gefahrgutüberwachung, Vollzugaufgaben der Schiffahrtspolizei, Katastrophenschutz, Schadstoffbekämpfung (Öl usw.), Verfolgung Straftaten u. OWiG, Hilfe bei der Seeunfallermittlung | BMVI (WSV) | Allg. Gefahrenabwehr |
| BSU/SeeÄ | Seeunfalluntersuchung | BSU/SeeÄ | Seeunfalluntersuchung |
| Havariekdo Bund/Länder | Bekämpfung komplexer Schadenslagen, Maritimes Sicherheitszentrum MSZ | Havariekdo Bund/Länder | Bekämpfung komplexer Schadenslagen MSZ |